

Ökonomische Aspekte eines „Zukunftsfähigen Deutschlands“

Eine grüne Marktagenda

Es ist ein wichtiges Anliegen der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (1) die ökonomistische Schlagseite der deutschen Zukunftsdebatte zu korrigieren und gleichzeitig die Vorzüge einer sozial-ökologisch orientierten Wirtschaftsweise herauszustellen. Die Autoren tragen die für die Diskussion wesentlichen Aspekte zusammen.

Spätestens seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro gibt es einen Konsens darüber, daß „Sustainable Development“, zu deutsch „Zukunftsfähige Entwicklung“ als Dreiklang von ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung zu verstehen ist.(2) In der Folge haben sich in Deutschland praktisch alle Organe von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu der Idee eines „Sustainable Development“ bekannt.

Die Wortführer der zunehmend lauter werdenden deutschen Zukunftsdebatte scheinen jedoch ihre eigenen Bekenntnisse vergessen oder verdrängt zu haben: So ist heute weniger denn je von oben genanntem Dreiklang als vielmehr von der Sicherung des Wirtschaftsstandorts die Rede – ungeachtet ökologischer und sozialer Belange.

► Ökologisierung der Marktwirtschaft

Der ökologische Umbau des Wirtschaftssystems schließt zwei Dimensionen ein: Die Beschränkung marktwirtschaftlicher Mechanismen einerseits und ihre ökologische Entfaltung andererseits.

Über eine Beschränkung der Marktmechanismen sollte zum einen dort gesprochen werden, wo ein weiteres Vordringen des Marktes aus sozialer und kultureller Perspektive nicht wünschenswert erscheint. Dies betrifft vor allem die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen: Von der Pflege der Alten bis hin zur Organisation von Festen - mehr und mehr Bereiche werden in die Sphäre des Ökonomischen gezogen. Letztendlich ist es eine Entscheidung der Gesellschaft, welche Mischung aus selbstbestimmten und kommerzialisierten Beziehungen ihr gut bekommt. Unterbleibt diese Diskussion jedoch

gänzlich, werden letzten Endes vor allem die Regeln der Ökonomie die Verfaßtheit des Gemeinwesens bestimmen.

Ebenso kritisch muß das Argument betrachtet werden, daß auch der Erhalt der Umwelt letztlich nur über den Preismechanismus sichergestellt werden könne. Zwar ist es richtig, daß die Einbeziehung der externen Kosten des Wirtschaftens - beispielsweise im Rahmen einer ökologischen Steuerreform - über das Preissignal zur Entwicklung umweltgerechter Produktions- und Konsumweisen beitragen kann (s.u.). Dennoch stellt sich die Frage, ob wirklich alle Dimensionen der Natur - wie z.B. die Schönheit einer Landschaft oder die Vielfalt der biologischen Erscheinungsformen - bepreist und damit über einen Leisten geschlagen werden sollten. Letztendlich wird uns keine Kosten-Nutzen-Analyse die Entscheidung abnehmen können, ob beispielsweise der Bau einer neuen Autobahn durch ein trockengelegtes Feuchtgebiet „mehr wert“ sei als das von dort vertriebene Leben. Am Anfang steht also immer eine Wertentscheidung, die sich nicht in monetären Einheiten ausdrücken läßt.

Erst wenn diese gesellschaftlichen Wertentscheidungen getroffen sind, kann es darum gehen, die marktwirtschaftlichen Instrumente innerhalb des so vorgegebenen Rahmens auf ökologische Weise zu entfalten. Auf dem Weg zu einer ökologischen Marktwirtschaft sind folgende Vorhaben von zentraler Bedeutung:

Die Autoren

Wolfgang Jung ist Physiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wuppertal-Institut und Mitglied des Projektteams „Zukunftsfähiges Deutschland“. Reinhard Loske ist Volkswirt und Projektleiter der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ am Wuppertal-Institut.

Kontakt: Wuppertal-Institut, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal, Tel. (0202) 2492-155, Fax -108

- eine ökologisch orientierte Subventionspolitik mit folgenden Unterzielen:
 - Abbau umweltschädigender Subventionen (u.a. Steinkohle, Kernenergie)
 - Ökologische Umgestaltung gerechtfertigter Subventionen (z.B. regionale Wirtschaftsförderung, Wohnungsbau)
 - die Bereitstellung neuer, zeitlich begrenzter und degressiver Fördermittel (z.B. Photovoltaik)
- die Durchführung einer aufkommensneutralen, ökologischen Steuerreform, die die schrittweise Anhebung der inflationsbereinigten Energiepreise um jährlich fünf Prozent sowie im Gegenzug eine Senkung der Lohnnebenkosten umfaßt.
- die Etablierung von Haftungsregeln für risikoträchtige Aktivitäten (Kernenergie, Gentechnologie).
- die Umorientierung der Wettbewerbspolitik auf Ziele der Ökologie und der Ressourceneffizienz (z.B. Schaffung von Anreizen für die Energieversorgungsunternehmen, ihren Kunden beim Energiesparen zu helfen).

► Zukunftsfähige Produktions- und Konsummuster

Die so umrissene neue Gestalt der staatlichen Rahmensezung wäre geeignet, dem technischen Fortschritt, dem Strukturwandel in der Wirtschaft sowie dem Nachfrageverhalten eine ökologische Richtung zu geben.

Dennoch sollten weder Unternehmen noch Verbraucher auf die richtigen Anreizstrukturen warten. Auch innerhalb der heutigen, „falschen“ Strukturen gibt es lohnende Möglichkeiten für ökologische Produktionsweisen und einen nachhaltigen Konsum.

So erkennen beispielsweise immer mehr Unternehmen, daß die fortwährende Beschleunigung von Produktzyklen sich nicht in jedem Fall auszahlt. Vielmehr bringt eine Reduktion der Produktvielfalt Zeit für Kreativität und Innovationen und gleichzeitig mehr Sicherheit für Konsumenten und die Schulung der Servicetechniker. Auf diese Weise können Unternehmen, die als Managementstrategie bewußt die Entschleunigung von Produktionszyklen und den Verkauf langlebiger Produkte wählen, durch größere Kundenbindung- und zufriedenheit marktfähig werden.

Aber auch für die umweltbewußten Verbraucherinnen und Verbraucher, zu denen sich 80 Prozent von uns selbst zählen, gibt es bereits heute mehr Handlungsmöglichkeiten als in der Sum-

me wahrgenommen werden. Gemeinsame Nutzung von Gütern ist beispielsweise die Devise derjenigen, die erkannt haben, daß es nicht auf individuellen Güterbesitz ankommt, sondern auf die Dienstleistung bzw. den Nutzen, den die Dinge stiften. Durch die gemeinschaftliche Nutzung von Autos, Rasenmähern, Waschmaschinen etc. kann der Ressourcenaufwand, der mit einer Dienstleistung verbunden ist, reduziert werden, ohne die Dienstleistung an sich in Frage zu stellen.

► Umbau der sozialen Marktwirtschaft

In einer gesamtwirtschaftlichen Situation, die von steigender Massenarbeitslosigkeit und einer zunehmenden Spaltung in arm und reich geprägt ist, muß jedoch nicht nur die Frage nach der Ökologisierung der Marktwirtschaft gestellt werden. Vielmehr drängt heute die langzeit scheinbar gelöste Frage nach ihrer Sozialverträglichkeit erneut auf die Tagesordnung.

Es gibt zwar eine ganze Reihe von Anhaltspunkten dafür, daß der ökologische Umbau der Wirtschaft sich auch auf dem Arbeitsmarkt positiv auswirken wird (etwa durch Begünstigung produktionsnaher Dienstleistungen, im ökologischen Landbau etc.). Man wird jedoch nicht erwarten können, daß die sozialen Probleme durch eine Ökologisierung gleich mitgelöst werden.

Vielmehr wird eine grundlegende Neuordnung von Arbeitswelt und sozialer Sicherung nötig sein. Eine Möglichkeit, um der Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatz-Inhaber und Arbeitslose entgegenzuwirken wäre dabei die Implementierung des Konzepts einer negativen Einkommenssteuer. Kernpunkt des Konzepts, das seit vielen Jahren auch unter den Begriffen „Grundsicherung“ und „Bürgereinkommen“ diskutiert wird, ist die Kombination von Sozialleistungen und Arbeitseinkommen. Wer kein sonstiges Arbeitseinkommen bezieht, aber arbeitsfähig ist, hat Anspruch auf ein Subsistenz-einkommen. Wer arbeitet und dafür ein niedrigeres Einkommen als das gesellschaftliche vereinbarte Niedrigeinkommen erzielt, erhält einen staatlichen Zuschuß. Dieser vermindert sich mit steigendem Einkommen und hört ganz auf, wenn das aus Arbeit erzielte Einkommen gleich dem gesellschaftlichen vereinbarten Niedrigeinkommen ist. Die negative Einkommenssteuer bewirkt, daß sich eine Arbeitsaufnahme auch im Niedriglohnbereich lohnt. Anders als heute wür-

de der Mehrverdienst vom Sozialamt nicht „weggesteuert“. Für Millionen Menschen, die sonst keinerlei Chancen haben, im Hochlohnsektor Arbeit zu finden, täte sich somit wieder eine realistische Arbeitsperspektive auf.

Anmerkungen

1) BUND/MISEREOR (Hrsg.). Zukunftsfähiges Deutschland

- ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts. Birkhäuser Verlag, Basel 1996.
2) Im Vergleich zu den ebenfalls verwendeten Übersetzungen „Nachhaltigkeit“ und „Dauerhaftigkeit“ ist u. E. der Begriff „Zukunftsfähigkeit“ am besten geeignet, die drei Dimensionen zu integrieren. Im Interesse der Sache sollte es jedoch vermieden werden, die Frage der „richtigen“ Übersetzung ins Zentrum der Diskussion zu rücken.

Nachhaltigkeit und Rahmenordnung

Ökologische Ordnungspolitik

Innerhalb der ökonomischen Diskussionen um eine nachhaltige Entwicklung wird in jüngster Zeit häufiger die Frage gestellt, inwieweit Ordnungspolitik im Sinne von Eucken und von Hayek hierzu ein gewinnbringender Ansatz sein kann. Der folgende Artikel umreißt das Thema „Nachhaltigkeit und Rahmenordnung“ und deutet die Möglichkeiten, aber auch Probleme an, die sich für die Gestaltung einer „nachhaltigen Wirtschaftsordnung“ ergeben.

Von Hans G. Nutzinger

Zumindest im deutschen Sprachraum erfreut sich die auf Walter Eucken (1940, 1952) zurückgehende Unterscheidung zwischen einer a priori festzulegenden Rahmenordnung für wirtschaftliches Geschehen und den innerhalb dieses Rahmens dann möglichst nicht mehr unmittelbar beeinflussen, sondern sich weitgehend autonom vollziehenden wirtschaftlichen Prozessen oder Abläufen großer Beliebtheit; demzufolge bildet auch die Abgrenzung zwischen (gestaltender) Ordnungspolitik einerseits und (möglichst nicht interventionistischer) Prozeß- und Ablaufpolitik andererseits die Grundlage gängiger wirtschaftspolitischer Lehrbücher und zumindest verbal auch das Credo offizieller Wirtschaftspolitik.

► Die Rahmenordnung als Rumpelkammer der Ökonomie

Nach welchen Kriterien im einzelnen die festzulegende Rahmenordnung auszurichten ist, bleibt indessen regelmäßig im dunkeln. Eine generelle Richtungsbestimmung ist offenkundig: Anders als der klassische Liberalismus geht „ordoliberales“ Denken nicht mehr von der optimistischen Hypothese – etwa in Adam Smith (1776) System der natürlichen Freiheit – aus, die Wettbewerbsordnung entwickle sich quasi aus sich selbst heraus, wenn nur alle staatlichen Hemmnisse fielen,

so daß es genügen würde, „gewisse Prinzipien des Rechts zu verwirklichen und im übrigen die Entwicklung der Wirtschaftspolitik sich selbst zu überlassen“. Vielmehr bedarf es Eucken zufolge einer spezifischen Ordnungspolitik, welche die Bedingungen dafür schafft, daß „die starken Tendenzen zur Wirkung (kommen), die auch in der industriellen Wirtschaft zur vollständigen Konkurrenz drängen“ (1952: 372).

An die Gestaltung einer sinnvollen Rahmenordnung knüpfen sich nun eine Reihe nicht näher spezifizierter und keinesfalls konfliktfreier Erfordernisse, wie etwa die Langfristigkeit wirtschaftspolitischer Entscheidungen, aber zugleich auch deren Revidierbarkeit, falls Änderungen des „Datenkranzes“ dazu zwingen; Eucken (1952: 289) spricht hier von der Konstanz der Wirtschaftspolitik und fordert: „Die Wirtschaftspolitik stelle einen brauchbaren wirtschaftsverfassungsrechtlichen Rahmen für den Wirtschaftsprozess her; an diesem Rahmen halte sie beharrlich fest und ändere nur mit Vorsicht“. Auch die von Eucken angemahnte sinnvolle Abstimmung zwischen verschiedenen (wirt-

Der Bundesministerium für Wirtschaft vergab im Sommer letzten Jahres mehrere Forschungsaufträge zu dem in diesem Beitrag behandelten Thema, die nun auf einem Symposium im März in Freiburg vorgestellt und diskutiert werden sollen (siehe Terminkalender S. 40).

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.